

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 18.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 35 Pf. Einzelnummern in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 9. September 1899.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinstr. 31. Verlag: Goseriede 9A.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Bei geplanten Lohnbewegungen verweisen wir hiermit nachdrücklich auf die Vorschriften des Streikreglements. Sollen wir die inszenierten Streiks zur Verbandsache machen, so müssen von den Kollegen die im Streikreglement gestellten Bedingungen erfüllt sein. Vor Allem rathen wir den Kollegen, Arbeitseinstellungen nicht deswegen eintreten zu lassen, weil zwei, drei oder vier Kollegen von dem Geschäftsinhaber gemahregelt werden. Wenn die in solchen Fällen angebahnten Kommissionsverhandlungen nicht zur Wiedereinstellung entlassener Kollegen führen, so haben die letzteren wohl Anspruch auf die vom Verband zu leistende Unterstützung, nicht aber darauf, daß alle Kollegen die Arbeit niederlegen. Bessere halten wir weder im Interesse des Verbandes, noch im Interesse der Entlassenen für richtig. Aus solchen Gründen entsprungene Kämpfe sind meistens selbst unter Aufwand großer Opfer ungünstig verlaufen und zum Vortheil der gemahregelten Mitglieder kann es nicht sein, wenn man sie einem Arbeitgeber aufzwingen will. Ersprießliches erwächst aus einem solchen Arbeitsverhältnisse doch nicht. Das sollten sich unsere Kollegen immer ganz eingehend überlegen.

Der Vorstand.

J. A.: Aug. Brey.

Die sächsische Fabrikinspektion.

P. U. Es ist hinlänglich bekannt, welche Stellung Sachsen auf politischem und sozialpolitischem Gebiete gegenüber der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten einnimmt und kann es deshalb auch nicht besonders verwundern, daß seine Gewerbeaufsichtsbehörden ebenfalls mit wenigen rühmlichen Ausnahmen die letztere nicht allzu freundlich behandeln. Die sächsischen Fabrikinspektionsberichte haben stets in auffälliger Weise die Interessen des Unternehmertums vertreten, wie es der einseitigste Handelskammerbericht nicht besser zu thun vermochte und soziale Reformen wurden in ihnen in der Regel mit nichtsagenden Redewendungen bekämpft, wie die Äußerungen früherer Besuche zum weiblichen Inspektorat, zum sanitären Maximal-Arbeitsstag, zur Errichtung von Gewerbegerichten u. beweisen. Um so sympathischer mußte den sächsischen Aufsichtsbeamten das Vorgehen der Reichsregierung zum Schutze der Arbeitswilligen sein und Freund und Gegner der Zuchthausvorlage konnten erwarten, in den neuesten sächsischen Berichten das gerade Gegenteil dessen zu finden, was die letzten süddeutschen Berichte als Kundgebungen eines freiheitlich-sozialen Fortschrittes kennzeichnete. In der That ist die Zuchthausvorlage auf die Abfassung einiger der 13 sächsischen Einzelberichte nicht ohne Einfluß geblieben, wenn in ihnen auch direkte Sympathieerklärungen zu Gunsten der Koalitionserichtung vermieden werden. Nicht nur, daß manche Arbeiterstreiks in besonders tendenziöser Weise geschildert und sehr viel von Terrorismus, Einschüchterung, Bestrafung, Drohung und Beschimpfung geschrieben wird, sondern es wird auch jeder einzelne Fall von Bestrafungen wegen Vergehen gegen § 153 registriert, wobei das eigentliche Vergehen leider nur ganz beiläufig angedeutet wird. Man sollte meinen, daß da bei den ca. 50 Streiks mit etwa 2000 Beteiligten in Sachsen, dem Lande, wo selbst geringe Bestrafungen von Arbeitswilligen mit Freiheitsstrafe gebüßt werden, eine ganz ansehnliche Strafliste herauskäme. Indes wissen die Berichte nur von ganzen 5 Straffällen zu melden, bei denen es sich noch dazu um ein für Sachsen außerordentlich niedriges Strafmaß (1 Woche bis 1 Monat Gefängnis) handelt. Die letztere, höchste Strafe erhielt ein streikender Porzellanarbeiter zu Dresden, welcher die Mutter eines Arbeitswilligen gewarnt hatte, daß ihr Sohn nach Beendigung des Ausstandes jedenfalls "rausgeschmissen" werde, — sowie ein Weber im Bezirk Plauen wegen Drohung, weil er einen Arbeitswilligen als "Streikbrecher" bezeichnet hatte. Wenn das die schärfsten Beweise vom Terrorismus der Arbeiter sind, so kann sich die Arbeiterbewegung in Sachsen gar kein glänzenderes Zeugnis ihrer Gesellichkeit wünschen, mögen auch die Streiknotizen derselben Berichte die moralische Entrüstung noch so dick auftragen. Wenn z. B. der Leipziger Bericht von streikenden Formern erzählt, daß sie Arbeitswillige belästigt, beschimpft und bespußt, sowie einen Unternehmer um 20—30 M. Reifgeld geprellt hätten — und trotzdem die gewiß bei Streiks nicht unthätige Leipziger Kriminalpolizei nicht den geringsten Grund

zum Einschreiten fand, dann scheint es mit den Quellen der Leipziger Inspektion nicht zum Besten bestellt zu sein. Und wenn der Dresdener Beamte das Verhalten der Bauarbeiter, die sich öfters mit einzelnen, wegen angeblicher Ungefähigkeit entlassenen Kollegen solidarisch erklärten, als "Uebermuth" bezeichnet, so beweist dies nur, daß er sich um die eigentlichen Streikursachen nicht gekümmert hat und die provokatorische Taktik der Bauarbeiter, jeden Agitator als "unfähig" zu maßregeln, nicht kennt. Wer Alles, was ihm von Unternehmern oder den Zeitblättern derselben aufgetischt wird, für baare Münze nimmt, aber wird freilich niemals zu einer gerechten Beurteilung der Arbeiterbewegung gelangen.

Der Weiskener Beamte scheint den gleichen Gepflogenheiten zu huldigen, insofern er sich zum Sprachrohr für Klagen der Eisenwerksdirektion Bauchhammer, Gröbzig und Gröbza über Unbotmäßigkeit gewisser Arbeiterklassen und Unzufriedenheit erregende Agitation der Verbände der Metall- und Holzarbeiter mit dem Ziele eines Generalstreiks hergiebt, ohne den angegriffenen Theil vorher auch nur gehört zu haben. Mit amtlicher Objektivität läßt sich etwas derartiges nicht vereinbaren.

Weit milder werden die Unternehmer behandelt, obgleich ihre Ungefählichkeiten von Jahr zu Jahr zunehmen und das Verhältniß der Gefekesvergehen bei ihnen mindestens 10 mal höher ist, als bei streikenden Arbeitern. Den besten Beweis dafür liefert die Statistik der Jugend- und Arbeiterinnenschuhvergehen in Sachsen, die von 1897 bis 1898 von 1708 auf 1769, bezw. von 291 auf 332 Vergehen stiegen. Da Jugendliche in 7303 Fabriken beschäftigt, Jugend- und Arbeiterinnenschuhvergehen aber in 1200 Fabriken ermittelt wurden, so entfallen auf je 1000 Unternehmer dieser Art 242 Vergehen in 164 Fabriken, bestraft wurden aber nur 55 = 7,6 %. Arbeiterinnen wurden in 6630 Fabriken beschäftigt, Arbeiterinnenschuhvergehen in 304 Fabriken festgestellt, das sind pro 1000 Unternehmer 60 Vergehen in 46 Anlagen, bestraft wurden 16 = 16 2/3 %. Bei den streikenden Arbeitern aber kamen pro 1000 nur 2 1/2 Verurtheilungen vor und daß in dieser Hinsicht die Strafziffern die Uebertretungen völlig erschöpfen, wenn nicht gar überwiegen, ist für jeden Kenner sächsischer Verhältnisse sonnenklar, da die Behörden und Gerichte sicher keinen Streikführer durchschlüpfen lassen. Rechnet man indes, daß die Uebertretungsziffern der Unternehmer sich nur auf die revidierten Betriebe beziehen, die nur 1/3 der Gesamtzahl umfassen, so sind die wirklichen Strafthaten der sächsischen Unternehmer eher um 1/3 höher einzuschätzen. Ein wahres Glück für letztere, daß es für Arbeiterschuhvergehen noch keine Zuchthausandrohung giebt, denn da käme mancher dieser Parasiten der Gesellschaft nicht mehr aus dem Zuchthause heraus.

Nicht minder bezeichnend sind auch die Höhen der von Behörden und Gerichten verhängten Strafen. Während Warnungen und Areden wie "Streikbrecher" bei streikenden Arbeitern mit 1 Monat Gefängnis bestraft werden, sind die größten Arbeiterschuhvergehen im Wiederholungsfalle in der Regel mit Verwarnungen und nur in Ausnahmefällen mit geringfügigen Geldstrafen geahndet worden, obgleich das Gesetz Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten zuläßt. Oft betrug der durch Uebertretungen widerrechtlich erworbene Vermögensvorteil mehr als die Geldstrafe, so daß mancher Gefekesverächter trotz Ermittlung ein gutes Geschäft gemacht hat. Das Mißverhältniß zwischen Vergehen und Strafe war mitunter so arg, daß sich der Zittauer Beamte in seinem Bericht darüber beklagt, — ein von sächsischen Beamten ganz ungewohnter Nihilismus. Ueber zu milde Bestrafung der Arbeiter wären ähnliche Beschwerden schwerlich denkbar, der Fall Döbtau spräche solchen Kundgebungen blutigen Hohn.

Angeichts solcher Verhältnisse erscheint es als selbstverständlich, daß die sächsische Arbeiterschaft den Aufsichtsbeamten nicht das gleiche Maß von Vertrauen entgegenbringt, wie dies in Süddeutschland der Fall ist. Im Gegentheil entwickelt sich die sächsische Inspektion immer mehr zu einem Vertrauensorgan der Unternehmer, von dem sich letztere Rath in allen möglichen Angelegenheiten holen, so sehr dies auch der wirklichen Stellung der Gewerbeaufsicht widersprechen müßte. So waren im Bezirk Chemnitz unter 222 Personen, die das Bureau der Inspektion besuchten, 207 Unternehmer und Techniker, aber nur 5 Arbeiter; im Bezirk Weisken unter 219 Personen nur 10 Arbeiter; im Bezirk Wurzen unter 275 Personen nur 5 Arbeiter; im Bezirk Zittau unter 145 Personen 10—14 Arbeiter im Bezirk Plauen 180 Unternehmer aber bloß 15 Ar-

beiter; im Bezirk Döbeln 229 Unternehmer, aber nur 2 Arbeiter; im Bezirk Aue 104 Unternehmer und 30 Arbeiter. Nur im Bezirk Annaberg kamen neben 69 Unternehmern auch 53 Arbeiter. — ein Erfolg des wenigstens einigermaßen arbeit. nachlichen Auftretens, das sich der Annaberger Beamte inmitten des realtionären Kesseltreibens bewahrt hat. Wem aber würde der Grund des Mißtrauens der Arbeiter gegen die Aufsichtsbeamten im Allgemeinen nicht klar, wenn er folgende Auslassung des Freiburger Beamten liest: "Gelegenheit zu Unterredungen mit Arbeitnehmern während der Revisionen hat sich im Allgemeinen wenig geboten, hierzu muß bemerkt werden, daß die Arbeitgeber, welche bei den Revisionen meist zugegen sind, sich leicht verletzt fühlen, wenn an ihre Arbeiter von dem revidierenden Beamten Fragen gerichtet werden". (Welch zarte Rücksichtnahme auf Unternehmergefühle.) Nur in einem Falle, heißt es weiter, stellte der Arbeitgeber nach beendeter Revision dem Beamten anheim, sich allein mit den Arbeitnehmern zu besprechen, mit dem Hinzufügen, daß dies in seinem früheren, außerhalb Sachens gelegenen Wirkungskreise von den Aufsichtsbeamten in dieser Weise gehandhabt worden sei." Der Gegensatz zwischen sächsischer und außersächsischer Inspektionspraxis kann nicht wirksamer gekennzeichnet werden, als durch dieses rührend-offenherzige Zugeständniß des Freiburger Beamten. Wo die Klassegegensätze so scharf entwickelt sind, wie in Sachsen, da kann der Vertrauensmann der Unternehmer nicht auch zugleich derjenige der Arbeiter sein.

Die Wirthschaftslage des verflossenen Jahres stand noch im Zeichen der günstigen Konjunktur, aber zahlreiche Merkmale deuten darauf hin, daß der Höhepunkt der letzteren überschritten ist. So steht die Zunahme der Fabrikbetriebe und der darin beschäftigten Arbeiter hinter derjenigen der Vorjahre erheblich zurück und die Klagen über Arbeitermangel lassen nach. Die früher in der Maschinen- und Metallindustrie nahezu regelmäßige Ueberstunden- und Nachtarbeit ist bedeutend zurückgegangen, womit sich jedoch die Arbeiter sehr einverstanden erklärten. Das gleiche Bild zeigt sich in den stärker beschäftigt gewesenen Textilbranchen, hier kamen bereits vereinzelt Betriebseinschränkungen und Betriebs-einstellungen, Konkurse und Arbeiterentlassungen vor und der Chemnitzer Bericht erwähnt, daß ein dortiger Wohlfahrtsverein 4953 Arbeitslosen im Berichtsjahr Beschäftigung mit Holzspalten gab. Es geht also langsam wieder bergab und den fetten Jahren werden die mageren folgen. Leider haben die Arbeiter an dem fetten Profit der günstigen Jahre nur den geringsten Antheil gehabt und desto drückender wird die nachfolgende Krisis auf ihnen lasten. Schon jetzt berichtet der Dresdener Beamte von Lohnverminderungen in manchen Berufen; Lohnherabsetzungen waren auch öfters Ursache von stattgefundenen Ausständen und wenn sich auch die meisten Einzelberichte um das heikle Thema der Lohnverhältnisse mit einigen herkömmlichen Redensarten von auskömmlicher Lage der Arbeiter herumdrücken, so erkennt doch der tieferblickende Volkswirtschaftler sofort, daß es damit keineswegs zum Besten bestellt sein kann. Behauptete Lohnsteigerungen sind jedenfalls nur Ausnahmen und dann erst auf Verlangen der Arbeiter gewährt worden, während relative Lohnverminderungen, d. h. die Entwerthung des Geldlohnens durch Steigerung der Nahrungsmittel- (insbes. Fleisch) und Miethpreise, die Regel bilden. Die Rückwirkung der hohen Fleischpreise sehen wir in dem Steigen des Konsums von Pferde- und Hundefleisch, von dem aus Chemnitz, Annaberg, Zittau und Löbau berichtet wird und der sich stets als Begleitererscheinung einer wirtschaftlichen Nothlage einstellt. Nach alledem ist der Optimismus mancher Berichte über die Lage der Arbeiter wenig gerechtfertigt und es gewinnt fast den Anschein, als hätten manche der Aufsichtsbeamten überhaupt die Fähigkeit, kritisch zu prüfen, da eingebüßt, wo es sich um die bürgerliche Gesellschaft und um die bürgerlichen Erwerbsverhältnisse handelt.

So führt der Freiburger Bericht als Beweis des Steigens der Löhne eine Uebersicht über die jährlichen Lohnsummen einer Fabrik an, monach diese von 1890 bis 1898 von durchschnittlich 353,98 M. auf 498,32 M. pro Jahr und Arbeiter gestiegen seien, also pro Woche von 6,81 M. auf 9,58 M. Abgesehen davon, daß die Durchschnittssteigerung auch in Folge theilweisen Ersatzes weiblicher durch männliche Arbeitskräfte erfolgt sein kann, worüber die Uebersicht keine Auskunft giebt, — fällt umso mehr die niedrige Lohnhöhe ins Auge, die allein schon das Märchen vom guten Auskommen der

Arbeiter widerlegt und eher zum kritischen Maßstab schärfster Verurteilung der kapitalistischen Ausbeutung, als zu Bruchwunden geeignet wäre. Denn bei der 11-12stündigen täglichen Arbeitszeit entspricht der Durchschnittslohn von 9,58 M. einem Durchschnittsstundenlohn von 13/4-14/4 Pfg. Selbst wenn es sich um lauter Arbeiterinnen handelte, so reichte dieser Lohn gerade hin, um entweder langsam zu verhungern oder der Schande in die Arme zu fallen.

Wenn wir in früheren Jahren ein stetiges Anwachsen der Unfallziffer konstatieren konnten, so macht das Berichtsjahr davon keine Ausnahme, denn die Unfälle haben sich nicht bloß absolut seit 1897 von 17 694 auf 19 372 vermehrt, sondern sie sind auch relativ in weit höherem Maße als die Arbeiterzahl gestiegen, denn während die letzteren nur um 4 Proz. zunahm, stiegen die Unfälle um 9,5 Proz. Das Risiko der Arbeit vergrößert sich also von Jahr zu Jahr, je intensiver die Ausbeutung wird, je mehr der Mensch zum Wettkampf mit eisernen Sklaven gezwungen wird und je mehr ausländische, mit den Eigenheiten des Maschinenbetriebes völlig unvertraute Arbeiter eingestellt werden, um an Arbeitslöhnen zu sparen.

Am auffälligsten war der Zusammenhang zwischen der letzten genannten Tatsache und der Unfallgefahr im Bezirk Weissen zu beobachten, dessen Bezirksrat mittheilt: „Bemerkenswerth erscheint es, daß unter den Verunglückten sich namentlich auch Polen und Galizier befinden. Es wurde mitgetheilt, daß dies zum Theil auf mangelhafter Kenntniss der deutschen Sprache, die eine Warnung vor der Gefahr erschweren, sowie auf dem Nichtvertrauen mit dem Maschinenbetriebe beruht. Es ist leicht verständlich, daß die Beschäftigung solcher völlig ungeeigneten Leute im Maschinenbetrieb unter Umständen auch die mit ihnen zusammen Arbeitenden gefährdet, weshalb eine sorgfältigere Auswahl solcher Ausländer und eine strengere behördliche Aufsicht derartiger Betriebe im Sinne der Unfallverhütung dringend geboten erscheint.“ Aber gerade der Weissen Aufsichtsbearbeiter rühmt den fremden Arbeitern im Allgemeinen Fleiß und Brauchbarkeit nach und erkennt bei ihnen als besonderen Vorzug an, daß sie eher Arbeiten übernehmen, die mit Beschäftigungen durch Staub, Geruch und Schmutz verbunden sind, als die deutschen Arbeiter. Was heißt das anders, als daß das Unternehmertum sich auf diese Weise um die Durchführung hygienischer Maßnahmen herumdrückt und Leben und Gesundheit der Arbeiter um so geringer schätzt, je mehr sich Arbeitswillige für die unangenehmsten und gefährlichsten Arbeiten finden? Was der Weissen Bericht als Vorzug dieser Arbeiter schildert, ist also im höchsten Grade bedenklich für Leben und Gesundheit der Arbeiter, abgesehen von der Feindschaft, und eine Fabrikinspektion, die ihre Aufgabe ernst nimmt, sollte derartigen Mißständen doch etwas kritischer gegenüberstehen. Aber man darf nicht vergessen, daß eben in Sachsen Alles, was von Unternehmern kommt, wohlgehan ist und daß in sächsischen Bezirken die Kritik jenseitig nur für Arbeiterbestrebungen aufgespart wird. Das erklärt Alles.

Unser Endurtheil über die sächsische Fabrikinspektion kann nach alledem nicht im mindesten tröstlicher lauten, als in früheren Jahren. Diese ehemals bestorganisirteste und bestfunktionierende aller deutschen Inspektionen hat sich auf ihrem steten Rückzug nach rechts zu einem Institut des Arbeitgeberschutzes entwickelt und steht gegenwärtig noch hinter der mecklenburgischen zurück. Nur eine nachdrückliche Kritik aller Mißstände in Versammlung und Presse gewährleistet den sächsischen Arbeitern die Durchführung des Arbeiterschutzes und einzelne Berichte mögen noch so geringfügig über solche Arbeiterbestrebungen urtheilen, so kann sich doch der unfehlbarste Bureaucrat dem Einflusse der Öffentlichkeit nicht auf die Dauer entziehen. Die öffentliche Kritik wird auch berufen sein, den von der Landtagstribüne angekündigten Angehörigen der 3. Wählerklasse, den Arbeitern, den nöthigen Einfluß auf die Umgestaltung der sächsischen Fabrikinspektion zu sichern.

Warum die Arbeiter sich organisieren müssen

sagt der bekannte und beliebte Pfarrer Pfleger in Zürich kurz und treffend in folgenden Ausführungen:

Organisiren heißt sich vereinigen, sich eingliedern. Es handelt sich um eine Vereinigung zu Vereinen und Gewerkschaften; die Vereine und Gewerkschaften gliedern sich wieder zusammen zu großen Verbänden und bilden mit einander einen großartigen Organismus, d. h. Leib, Gliedmaßen.

Warum sollen sich die Arbeiter organisiren? Weil die Organisation, die Vereinigung allein das Mittel ist für die Befreiung der Arbeiter aus Abhängigkeit und Noth, für die Befreiung aus der Hand der arbeitenden Klasse. Der Einzelne allein ist machtlos, ausgeliefert auf Gnade und Ungnade seinen mächtigen Arbeitgebern, ausgeliefert der Gefahr der Arbeits- und Existenzlosigkeit; die Arbeiterkraft in ihrer Vereinigung ist unüberwindlich. Alle Mächtigkeiten sind, wenn ihr Feindet

stark es will.

Warum kann die Organisation allein den Arbeitern helfen? Die Arbeiterorganisationen bewirken höhere Arbeitslöhne für die Arbeiter zu bewirken und die Herabsetzung der festgesetzten Löhne zu verhindern. So lange ein Arbeiter allein mit seinem Arbeitgeber unterhandelt, ist er bei weitem schwächerer Theil. Unter dem Zwange der drückenden Arbeitslosigkeit vernichtet er die Arbeit um einen geringen Lohn, ja er läßt sich die Herabsetzung seines Lohnes gefallen. Bemerkt er die Arbeit, so tritt ein anderer Arbeiter an seine Stelle ein; seine Arbeit, daß der Arbeitgeber sein Geschäft einfallen läßt, wenn ein oder mehrere Arbeiter versagt, die Arbeit einstellen. Ganz anders stellt sich die Sachlage, wenn die Arbeiter eines Gewerkes oder eines Geschäftes zu einer Gewerkschaft organisiren und also sich selbst zu einem Ganzen machen. Dann steht dem Arbeitgeber die ganze Gewerkschaft beim Abschluß eines Vertrages über den Lohn der Arbeit gegenüber. Wenn die organisierte Arbeiterkraft mit Arbeitgebern handelt, kann er nicht für den Arbeiter die Gefahr der Existenzlosigkeit, und den durch Herabsetzung des Lohnes entstehenden Schaden, vielleicht sogar die Gefahr des Ruins für den Arbeitgeber nach wie vor

der Arbeiter die Arbeitslosigkeit. In der Arbeiterorganisation tritt dem Arbeitgeber ein gleich starker Kontrahent entgegen, und man kann dann von einem freien Vertragsabschluß reden, während der einzelne Arbeiter nicht frei, sondern in einer Zwangslage — der Gefahr des Verhungerns — seine Arbeitskraft an den Arbeitgeber verkauft.

Der einzelne Arbeiter hat in gewissen Fällen keine Ahnung, daß seine Arbeit einen hohen Werth hat und daß der Arbeitgeber im Ernstfall ihm eher den Lohn verdoppeln als ihn entlassen würde. Aber wenn und weil der Einzelne diese Sachlage meist nicht kennt, so kann er sie auch nicht ausnützen und mit Nachdruck seine Forderungen stellen. Das ändert sich im Lohnkampf, den die gesamte Arbeiterorganisation führt; denn an deren Spitze stehen Männer, die die einschlägigen Arbeits- und Lohnverhältnisse gründlich kennen. Diese Männer können auch besser als der einzelne Arbeiter beurtheilen, welcher Zeitpunkt der richtige und günstige ist, um Forderungen zu stellen und in die Lohnbewegung zu treten. Ueberhaupt ist nicht der Einzelne, sondern bloß die organisierte Arbeiterkraft imstande, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Organisation widersteht sich mit Erfolg einem Uebermaß der Arbeitszeit, das mit der fühlbaren Würde des Menschen nicht vereinbar ist; sie setzt hygienische Forderungen durch; sie stemmt sich gegen die Beeinträchtigung staatsbürgerlicher Rechte, wie z. B. gegen die Entlassung von Arbeitern, die von ihrem Vereinsrecht Gebrauch gemacht haben; sie weilt hohe Behandlung oder unbillige Zumuthungen seitens brutaler und sittenloser Ausbeuter und Vorarbeiter (Meister) energisch zurück.

Was für weitere Vortheile bieten die Organisationen den Arbeitern? In den Arbeitervereinen und Gewerkschaften findet der Arbeiter Belehrung und Rethorik, Vorträge und Diskussionen; er wird aufgeklärt über die Ursachen und Wirkungen der sozialen Noth, über das Verhältnis von Besitz und Arbeit, über seine eigene Lage und über die Mittel zur Hebung der Noth und Armuth. In den Arbeitervereinen findet der Arbeiter treue Freunde und Genossen; die Organisation bietet ihm in der Noth eine Stütze, im Fall der Arbeitslosigkeit oder Krankheit Hilfeleistung. Nicht zu Trübsal und zu leibhaftiger Verschwendung verleiten die Arbeitervereine, sondern zu treuer Freundschaft und solider, charakterfester Lebensführung halten sie an.

Die Arbeitgeber sollten eigentlich das Gedeihen der Arbeiterorganisationen begreifen und begünstigen. Denn die organisierten Arbeiter sind im Allgemeinen tüchtig und solid; Trübsal und Blamachen vertragen sich nicht mit der Vereinslehre, ja es giebt Arbeitervereine, welche lieberliche Elemente statutarisch ausschließen.

Bauern und Handwerker haben an der Organisation der Arbeiter eine direkte Interesse. Ihr Loos ist davon abhängig, ob die Arbeiter guten Lohn haben, also kaufkräftig sind oder nicht. Handwerker sollten nicht bloß daran denken, daß ihre eigenen Sesseln nach ordentlicher Löhnung freies, sondern auch erwägen, daß Schuhe, Kleider, Möbel, Brot, Fleisch, Holz und so viele andere Gegenstände des Haushaltes um so mehr Absatz finden, je bessere Löhne die gesamte Arbeiterkraft erhält. Von dem Verbrauch der reichen Leute allein könnten die Handwerker auch nicht leben. Sie gedeihen um so besser, je mehr die Arbeiter Anschaffungen machen können, während arme schlechtbezahlte Arbeiter weder dem Handwerkerstand noch dem Bauernstand Verdienst geben können. Auch die Wermeister, Krämer und Wirthschafter haben weniger Verluste zu riskiren, wenn die Arbeiter tüchtig und ordentlich Lohn hat.

Ist es recht und billig, das Streben des Arbeiters nach Besserung seiner Lage zu verurtheilen? Was beim Handwerker und Geschäftsmann „Krebsman“ heißt, wird beim Arbeiter „unzufrieden“ genannt; was dort als Krieg zum Vorwärtskommen gelobt wird, wird beim Arbeiter nicht selten als Begehrlichkeit und Leidenschaft gebrandmarkt. Man wolle doch mit gleicher Güte die Beamten ersehen bessere Stellen, die Lehrer höheren Gehalt, die Geschäftsleute größeren Umsatz — die Lohnarbeiter mit gleichem Rechte besseren Lohn! Daß der Arbeitgeber das Recht habe, sein Geschäft zu schließen, wenn es ihm zu wenig einbringt, gilt als selbstverständlich; ebenso hat Niemand etwas dagegen einzumenden, wenn der Handelsmann seine Waaren nicht auf den Markt bringt, so lange die Preise ihm zu niedrig erscheinen — wer wollte bezweifeln, daß die Arbeiter das gleiche Recht haben, ihre Waare, die Arbeitskraft, zu anständigen Preisen loszusagen und ihre Arbeit einzustellen, wenn die Arbeitsbedingungen unwürdig sind!

Die Arbeitgeber haben sich schon längst organisiert, wolle ihr Arbeiter zurückbleiben? Die Fabrikanten schließen mächtige Unternehmerverbände, die Großhändler bilden Ringe und Kartelle, die Handwerksmeister organisiren sich in Meisterverbänden, Lehrer und Pfarrer haben ihre Kapital- und Gewerkschaften. Die Stärken erhöhen also durch Vereinigung ihre Kraft und die Schwachen sollten sich selbst durch Vereinigung zur Ohnmacht verdammen? Wer besser organisiert ist, ist im Vorteil. Darum trete in eine Organisation ein, Arbeiter und Arbeiterin, du bist es deiner Familie und deinem Stande schuldig. Daß durch nichts sich einschüchtern, deinen Brüdern sich anzuschließen — zum Schutz der Arbeit, und unentwegt zur Organisation zu gehen.

Nicht bloß euer eigenes Interesse, die Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft, die Moral und Bruderliebe verpflichten euch zur Organisation. Darum: Trete bei zur Organisation!

Vom sozialen Kampfplatze.

Die Firma Schweike u. Seeger in Calbe a. S. hat für ihr wegen der Entlassung eines Kollegen streikendes Personal Ersatz gefunden. Auswärts sind sozial Leute angeworben, daß die Firma ihren Betrieb weiter führen kann. Ob die Quantität der Ersatzkräfte auch der Qualität des früheren Arbeitspersonals entspricht, entzieht sich unserer Kenntniss; wir glauben aber, es bezweifeln zu dürfen. Unsere Kollegen, die für den ohne allen Grund entlassenen Kollegen in solidarischer Weise eintreten, haben bis auf 3 anderweitige Beschäftigung gefunden, auch der entlassene Kollege ist noch arbeitslos; doch auch diese werden wir unterbringen. Hat unser Kampf den erhofften Sieg auch nicht gebracht, so haben wir unseren Unternehmern doch gezeigt, daß wir einhellig für die Wahrung unserer Rechte einzutreten verstehen, und ihnen den Nachweis erbracht, daß es auch für sie ein wirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Schaden ist, wenn sie Arbeiter nicht beschäftigen wollen, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen.

Der Ausstand der Lederfabrik in Osterwied ist beendet. Der Streik, welcher sieben Wochen gedauert, hat den befristeten Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung des Wochenlohnes um 15 Prozent gebracht.

In Gmund a. T. sind anlässlich der letzten öffentlichen Versammlung drei Kollegen gemahnt worden. Zwei davon waren auf der Zementfabrik in Mariastein, der dritte auf einem Holzlagerplatz beschäftigt. Was haben die drei Personen nun in der

Versammlung verbrochen, daß man sie mit Entlassung aus der Beschäftigung bestraft? Zwei sahen im Bureau der Versammlung und der Dritte sprach in der Debatte einige Worte über die Lebenshaltung der heimischen Arbeiter und über deren Bezahlung in durchaus sachlicher Weise, — darum der wirtschaftliche Bannstrahl! So bürgern sich Gepflogenheiten, die man sonst nur bei den Scharmachern in Preußen oder Sachsen beobachten konnte, auch in Gmund am Tegernsee ein. Dabei verzichtet das Unternehmertum selbst keineswegs auf den Gebrauch der Vereinigung, nur der Arbeiter soll waffenlos, machtlos dastehen. Gerade die den Organisationen angehörenden Unternehmern sind als Veranlasser der Entlassung anzusehen, dafür bürgt der Umstand, daß der Arbeitgeber des einen Kollegen wiederholt abgelehnt hat, letzteren zu entlassen. Allen Anbörungen gegenüber hat er bislang standhaft widerstanden, stets geantwortet: der Mann macht seine Arbeit in zufriedenstellender Weise und seine Privatangelegenheiten gehen mich nichts an. Diese Stellungnahme war vernünftig und gerecht. Ungerecht ist es, einen Arbeiter wegen seiner Gesinnung zu entlassen; es zeugt von fittlichem und moralischem Defekt, wenn Jemand selbst seine politischen und sozialen Ansichten beibehalten will, Andere aber deswegen bestraft. Arbeiter wegen ihrer Gesinnung zu entlassen, ist unverantwortlich, weil ja die tüchtigsten und fleißigsten Arbeiter gerade den Organisationen angehören. Wer sie entläßt, schädigt sich selbst; gar oft entspricht der gesunde Erfaß den durch Entlassung verlorenen Arbeitskräften nicht. Vielleicht macht man diese Erfahrung auch in Gmund a. T. Sicher ist, daß die Scharmacher in Gmund unsere Organisation nicht vernichten!

— Für die ausgesperrten dänischen Arbeiter gingen bis zum 23. August bei der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ein 88 849,47 M.

— Die Aussperrung in Dänemark, dieser noch nie dagewesene Akt kapitalistischer Brutalität und Niederracht wird im Laufe dieser Woche sein Ende erreichen. Die Angriffe der Unternehmer auf die Arbeiter-Organisationen sind von diesen siegreich zurückgeschlagen worden. Hoffentlich wird diese Ernüchterung ihre nachhaltige Wirkung auf die Unternehmer nicht verfehlen. Die Arbeiter haben nicht umsonst während der langen Zeit entbehrt und geduldet.

— Beendigung Lohnkampf. Der Streik in der Tuchfabrik zu Werdau ist zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die Streikenden waren zwar nicht in der Lage, mit ihren sämtlichen Forderungen durchzubringen, erzielten aber doch die verlangte Bezahlung für das Andrehen und Vorrichten.

— Der Mannesstreik in Elberfeld ist nach siebenwöchiger Dauer durch eine Vereinbarung beendet worden, wonach den Mannes vom 10. d. Mts. an bis zum 1. April 1900 ein Stundenlohn von 44 Pfg. gezahlt werden soll. Vom 1. April 1900 soll die Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden auf 10 Stunden verkürzt und dann ein Stundenlohn von 46 Pfg. gezahlt werden.

— Die englischen Seelente sind gestern, um eine Lohn-erhöhung durchzugehen, in den Ausstand eingetreten.

Soziale Rundschau.

In Meife fand jüngst der Katholikentag statt. Gar gewaltig wurde auch gegen den „Umsturz“, auch den, welchen die Gewerkschaften beabsichtigen, losgebombert. Das ist leicht erklärlich, denn nur Pfarrer und Advokaten sprachen; Arbeiter meldeten sich nicht zum Wort. Diese Herren wollen Allen helfen, den Unternehmern wie den Arbeitern, und da das ein und derselbe nie als festig bringt, so ist ihr Reden und Thun eitel Heuchelei. Der katholische Arbeiter wird ebenso gut ausgebeutet, wie der evangelische oder mehr noch, ob vom katholischen oder sonstwelchen Unternehmer ist einerlei. Diese Ausbeutung zu mildern, haben sich die Arbeiter zum Ziel gesetzt, und da haben gerade diese Herren durch Gründung von Sonderorganisationen ihnen entgegen gearbeitet und Unreinigkeit gesät. Es wäre besser, diese ganze geistliche und advokatische Herrlichkeit würde ihre Heuchelei einstellen und die Arbeiter in Ruhe lassen, dann würde den Arbeitern weit wohlher sein; sie würden sich allein weit bessere Verhältnisse schaffen können.

— Sind den Arbeitnehmern Arbeits-Ordnungen auszuhandeln? Das bayerische Oberlandes-Gericht in München hat entschieden, daß die in § 134, Abs. 2 der Reichs-Gewerbeordnung vorgeschriebene Arbeits-Ordnung nicht nur an der Arbeitsstelle anzuschlagen ist, sondern jedem Arbeitnehmer ein Exemplar ausgehändigt werden muß, damit er sich auch außerhalb der Arbeitszeit genau über die Vorschriften unterrichten kann. Das bloße Unterschreiben einer Arbeits-Ordnung von dem Arbeitnehmer genügt also nicht, jeder Arbeiter hat ein Exemplar für den eigenen Gebrauch zu verlangen und muß ihm dies während der Dauer des Arbeits-Verhältnisses auch belassen werden.

— Das Arbeitersekretariat in Halle ist am 15. August eröffnet worden. Zur Inanspruchnahme des Sekretariats sind alle Personen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, des Berufs, der Konfession, der Parteistellung und des Wohnortes berechtigt. Es wird mündliche Auskunft erteilt in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung; über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektorat. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung.

— Gegen die Arbeitswilligen wendet sich Prof. Lujo Brentano in der „Soz. Praxis.“ Er schreibt,

erst die Organisation ermöglichen dem Arbeiter, das Angebot gleich anderen Verkäufern so zu regeln, daß er den Preis der Arbeit auf deren Produktionskosten und darüber zu steigern und zu erhalten im Stande ist. Die Unternehmer schlossen doch auch Kartelle, und diese seien neuerdings vom Handelsminister im Reichstag als etwas Vorzügliches gepriesen worden; nur dem Arbeiter, der solche Verabredungen am nötigsten habe, wolle man sie verwehren, und die Unternehmer hätten zu diesem Zwecke ein System von Zwangsmaßnahmen scharfsinnig ausgedacht, das an Strenge und Wirksamkeit die ähnlichen Maßnahmen der Arbeiterkoalitionen weit hinter sich ließe. Die ganze Zuchtmaßnahme sei nichts Anderes, als die Inanspruchnahme der Gesetzgebung seitens der Unternehmer, daß der Staat mit seinen Nachmitteln zu Gunsten der Unternehmer eingreife, daß das Angebot der Arbeit nicht im Interesse der Verkäufer der Waare Arbeitskraft, also der Arbeiter, geregelt werde, sondern im Interesse der Käufer der Arbeitskraft, der Unternehmer.

Die Auszahlung des Reisegeldes.

Wiederum giebt uns ein grober Verstoß gegen die Bestimmungen des Reisereglements berechtigte Veranlassung zur Kritik. Das Mitglied Hermann Steffen aus Dabeln in Pommern, eingetreten am 4. Dezember 1896 in Bagerdorf, Inhaber des Buches 018 567, hat vom 9. Februar 1898 bis dato die Summe von 38,09 Mk. bezogen, während er nur 20 Mk. hätte beziehen dürfen. Bereits am 30. Oktober des verfloßenen Jahres wurde der Rest von den zu beziehenden 20 Mk. bezahlt und es mußte nach Abs. 4 des Reisereglements erst ein Jahr verstrichen sein, bevor wieder Reisegeld an das Mitglied ausgezahlt werden konnte. Dessen ungeachtet ist ausbezahlt worden: am 26. November 1898 in Gaderleben, am 28. November in Flensburg, am 31. November in Borby, am 3. Dezember in Lübeck, am 22. Januar 1899 in Rendsburg, am 25. Januar in Kiel, am 27. Januar in Neumünster, am 30. Januar in Wilsler, am 1. Februar in Wesselburen, am 17. Februar bereits wieder in Rendsburg, am 20. Februar in Melbör, am 24. Februar wieder in Flensburg, am 29. April wieder in Wesselburen und am 2. Mai schon wieder in Wilsler.

Der Absatz 5 des Verhaltensreglements (Seite 29 des neuen Statuts) besagt: Geschenke dürfen einem Mitgliede an ein und demselben Orte nur dann gewährt werden, wenn mindestens ein Zeitraum von sechs Monaten dazwischen liegt. Die Auszahlung in Rendsburg, Flensburg, Wesselburen u. Wilsler haben diese Bestimmung ganz unbeachtet gelassen. Wir erwarten, daß nunmehr, nachdem wir uns wiederholt mit Unachtsamkeiten beschäftigen mußten, unsere Reglements-Bestimmungen beachtet werden.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. Am 21. August tagte unsere Mitglieder-Verammlung bei Bolters, Friedrichsbadstraße. Ueber die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Altona entspann sich eine lange und eingehende Debatte, bei der sich sämtliche Redner für die Errichtung einer derartigen Institution aussprachen. Die Abstimmung über diesen Punkt hatte folgendes Resultat: Bei Frage 1 und 2 stimmten 23 mit Ja, bei Frage 3 stimmten 25 mit Nein und 27 mit Ja bei Frage 4. Die Abrechnung von der Dampfseurour schloß mit einem Gesamtüberschuß von 139,70 Mk., von welchem die auf Altona entfallende Hälfte den dänischen Ausgesperrten überwiesen wurde. Wegen der beiden im September stattfindenden öffentlichen Versammlungen in Altona und Bahrenfeld wurde beschlossen, die Mitglieder-Verammlung für September ausfallen zu lassen. Dann beschloß man, unser Stiftungsfest am letzten Sonnabend im März nächsten Jahres bei Buchholz, Ottensen, abzuhalten. Ferner wurde beschlossen, im nächsten Sommer eine Dampfseurour zu unternehmen.

Augustburg. Sonnabend, den 26. August, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Verammlung im „Walfisch“. Kollege Weitinger hielt einen kurzen Vortrag über: „Gesundheitsschädliche Betriebe“. Redner führte aus, daß wohl jede Fabrikarbeit gesundheitschädlich sei, wenn gegen die Staubentwässerung, zu große Hitze und dergl. nicht die nötigen Schutzmaßnahmen getroffen würden, doch habe er vorzugsweise die Giftfabriken im Auge, wie die Bleiweiß-, Summi- und Spiegelfabriken. Redner, der selbst schon in einer Bleiweißfabrik thätig war, schilderte die Fabrikation desselben, kritisierte die schlechten Schutzmaßnahmen gegen die Einathmung von Bleiäure und zeigte, welche gesundheitschädliche Folgen eine derartige Arbeit habe. In der Diskussion wurden die Ausführungen durch den Kollegen Haber ergänzt. Unter „Verschiedenes“ wurden die Zustände in der Gieberei von Niedinger einer scharfen Kritik unterzogen; trotzdem eine große Anzahl Formner der Organisation angehören, lassen diese doch Alles ohne Widerspruch gehen, namentlich wurde über das herrschende Uebelstandssystem bittere Klage geführt. Die Delegierten zum Gewerkschaftsverein wurden beauftragt, in der nächsten Versammlung einmal anzufragen, welche Stellung die gelehrten Arbeiter, namentlich die Formner, den Tagelöhnern gegenüber einnehmen oder einnehmen sollen. Der Vorsitzende ließ die neuen Mitglieder willkommen und ermunterte sie, wadere Kämpfer zu werden. Hierzu wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. Acht Kollegen ließen sich aufnehmen.

Berlin. Am 15. August tagte eine öffentliche Versammlung, welche leider trotz eifriger Agitation nur schwach besucht war. Da der Referent nicht erschienen war, wurden die ersten beiden Punkte der Tagesordnung: Vortrag und Diskussion, zurückgesetzt und wurde gleich zum dritten Punkt, Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission, geschritten. Der Delegierte, Kollege Junz, erläuterte in längerer Ausführung den Bericht und sprach den Wunsch aus, daß der neu zu wählende Delegierte bei der demnächst vorzunehmenden Abstimmung über die Vertretung der einzelnen Gewerkschaften in der Kommission dafür seine Stimme abgeben möchte, daß eine gerechtere Vertretung als bisher geschaffen werde. Bei der nunmehr vorgenommenen Neuwahl wurde Kollege Opitz zum Delegierten gewählt. Unter dem letzten Punkt der Tagesordnung theilte Kollege Junz mit, daß in der Humboldt-Mühle in Regel ein Streik ausgedroht sei und zwar deshalb, weil der bisherige Lohn von 30 Pf. pro Stunde auf 27 Pf. gekürzt werden sollte. Von den dort be-

schäftigten 15 Arbeitern legten 14 Mann die Arbeit nieder und nur einer arbeitete weiter. Leider zeigten die dort beschäftigten 14 Arbeiter sehr wenig Solidarität, indem sie die Arbeit der Streikenden mit verrichteten. Die Mühle erhalten ebenfalls nur 30 Pf. Lohn. Leider sind die streikenden Kollegen nicht organisiert, diese haben uns daher um möglichste Fernhaltung des Streiks und um unsere moralische Unterstützung, welches selbstverständlich auch zugesagt wurde. Der Bauvorsitzende Kollege Schumann ist beauftragt, den Versuch zu machen, in Regel eine Organisation zu schaffen.

Saunhult. Sonntag, den 26. August, tagte in Mänster eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf um unsere Größere“. Als Redner hatten sich besonders die Arbeiter aus den Steinbrüchen und Ziegeleien eingefunden. In 1 1/2-stündiger Rede schilderte der Referent Kollege Haren die Lage der ungelerten Arbeiter, besonders die der Steinbrüch- und Ziegeleiarbeiter. Redner ermahnte am Schluß seiner Rede zu reicher Beifall. Wenn sich die Anwesenden auch nicht sofort alle dem Verbands angeschlossen, so war doch die Stimmung derart, daß zu hoffen ist, daß sich alle betheiligten Arbeiter in kurzer Zeit anschließen werden. Besonders unter den in Wahlhausen in Brüchen beschäftigten Arbeitern ist der Drang zur Organisation stark und werden wir auch für diesen Ort bald eine Versammlung vorbereiten. Es ist jetzt Sache der organisierten Kollegen von Mänster, daß sie Alles daran setzen, um die noch fernstehenden Kollegen dem Verbands zu gewinnen. Kollegen! Erst wenn jeder Arbeiter organisiert ist, ist es möglich, bessere Zustände zu schaffen.

Flensburg. Unsere regelmäßige Mitglieder-Verammlung tagte am 17. August im „Hofsteinischen Hause“. Aus dem Kartellbericht war zu ersehen, daß auch unter Leitung des neuen Vorstehers uns das „Kartell“ nicht zur Verfügung steht. Das Kartell fordert die Gewerkschaften auf, finanziell für unsere dänischen Brüder zu agitieren. Aus der Vollversammlung vom 30. Juli. Der nächste Punkt war Regelung der Sterbekasse, ev. Abschaffung der Fahne und Musik. Ursache dazu war die überaus winzige Beteiligung bei der Verdringung eines Verbandsmitgliedes, trotzdem nach früherem Beschluß 20-25 Mann per Postkarte eingeladen waren. Ein Antrag des Kollegen G. wurde angenommen, wonach von jetzt an jedes männliche Mitglied, welches bei Verdringungen anwesend ist, 1,20 Mk. und jedes weibliche Mitglied 60 Pf. Steuer zahlen soll. Als Kartelldelegierter wurde Kollege G. und als Revisor Kollege J. gewählt. Beim Punkt Agitation entwickelte sich eine heftige Diskussion. Kollege G. legt der Versammlung seine Arbeit dar, welche er als Kommissionsmitglied in 16 Wochen geleistet hat. Kollege G. ist für regere Hausagitation hier am Ort. Unter „Verschiedenes“ kommt der Streik auf der hiesigen Papierfabrik zur Sprache, daselbst hatten die Sortierinnen die Arbeit niedergelegt wegen der inhumanen Behandlung des Meisters Peter Carstensen. Diese Fabrik ist immer das Schmerzenskind unserer Zahlstelle gewesen, denn dort werden die niedrigsten Löhne hier am Orte gezahlt. Vor mehreren Jahren hatte unsere Organisation daselbst 42 Mitglieder, die leider bis auf 2 Mann zusammengeschrumpft sind. Es ist nun dort ein Mitglied zu unterhalten. Der 1. Bevollmächtigte wurde beauftragt, beim Hauptvorstand vorstellig zu werden, dem betr. Mitgliede (Dieses gehört unserer Organisation schon 2 1/2 Jahre an) die Unternehmung nachzugehen. Es waren in der Versammlung mehrere Bauarbeiter anwesend; einer derselben machte uns den Vorwurf, wir nähmen Mitglieder auf, welche in der Bauarbeiter-Organisation noch mit Beiträgen rückständig seien. Kollege G. erwiderte ihm, die Schuld läge nicht an uns, denn es sei unmöglich bei der wechselnden Mitgliederzahl zu wissen, ob ein Mitglied in einer anderen Organisation im Rückstand ist oder nicht. Weiter führte H. B. aus, daß Mitglieder aus anderen Verbänden, welche in der Baubranche arbeiten, Lohnrückstände spielten, auf dem Schlachthausbau sollten es 24 Mann gewesen sein. Kollege G. weist diese Angriffe auf Heftigkeit zurück und betont, daß uns die nötige Kontrolle fehle, um zu wissen, wo unsere Mitglieder arbeiten und zu welchem Lohnsatz. Die Bauarbeiter wurden aufgefordert, dem Bevollmächtigten die Namen der betreffenden Leute zu nennen, damit gegen solche Vorkommnisse die nötigen Schritte gethan werden können.

Genthin. Am 13. August tagte hier eine vom Gewerkschaftskartell einberufene, besonders stark von unseren Kollegen besuchte öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, in der Kollege Jiez unter Beifall referierte. Es traten auch 10 Personen unserem Verbands bei, während Duzende versprochen, sich im Laufe der Woche aufnehmen zu lassen, da sie sich in der Versammlung nicht getrauten, aus Furcht, es möchte dem Vorstande des Arbeitervereins, dem so viele angehören, überbracht werden, und dann gingen sie bei zu erwartendem Ausschusse ihrer bisher gezahlten Beiträge verlustig. Öffentlich halten diese Leute Wort, denn gerade für unseren Verband giebt es noch recht viel hier zu adern. Während bei den anderen Organisationen höchstens noch einzelne Personen abseits stehen, sind von den für uns in Frage kommenden Personen noch Hunderte nicht organisiert. — Am nächsten Tage hatten wir in Schermle bei Döberleben eine glänzende besuchte Versammlung. Schon um 8 Uhr erschien die harte volle des Dorfes: der Herr Pastor Rudolf, der Ortsvorsteher und der Ortsvorsteher, Herr Schlüter (Kandidat der Bauernbündler und Großgrundbesitzer), die noch eine ganze Reihe ihrer Freunde mitbrachten. Gegen 9 Uhr erschienen dann auch die Arbeiter und Arbeiterinnen in großer Zahl. Nach dem Referat meldete sich der Herr Ortsvorsteher zum Wort, um der Referentin entgegen zu treten. Er pries die glänzende Lage der dortigen Arbeiter; es würden dort Löhne bezahlt, die die Landwirtschaft eigentlich garnicht tragen könne, (1) aber man thäte eben, was man irgend könne. Er stellte die Angaben der Referentin über Löhne und Arbeitszeit in der dortigen Gegend als unwahr hin, nur zu dem Zweck gemacht, die Arbeiter aufzuheben und unzufrieden zu machen, wie — die Sozialdemokraten das ja immer thäten. Er hätten im Reichstage gegen die Arbeitergesetzgebung gestimmt u. s. w. Die Ausführungen des Herrn Pastors Rudolf bewegten sich auf derselben Höhe, wie die des Herrn Ortsvorstehers. Auch er bestritt die Angaben über Löhne, Arbeitszeit und Beschäftigung. Redner bestritt auch die Wichtigkeit der keinen historischen Einleitung, die Kollege J. gegeben, und schloß salbungsvoll: „In unser friedliches Dorf, wo bis jetzt Alles glücklich und zufrieden in schönster Eintracht gelebt hat, ist die Dame gekommen und hat mit einer wahren Wuth Sie aufzuheben versucht; folgen Sie diesem Rufe nicht, wir haben Euch bis jetzt immer treu zur Seite gestanden und gehalten und werden das auch in Zukunft thun, habt nur Vertrauen zu uns.“ Es war Kollege Jiez ein gar zu reiches, die Herren gründlich abzuführen unter dem rauschenden Beifall der Arbeiter und Arbeiterinnen. Zunächst wies dieselbe darauf hin, daß der Herr Ortsvorsteher ganz unwidriger Weise die Sozialdemokratie und somit die Politik in die Debatte hineingezogen habe. Der Fabrikarbeiter-Verband sei eine Vereinigung, welche die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen auf wirtschaftlichem Gebiete durch wirtschaftlichen Kampf erziehe, und gestörten die gemachten Aeußerungen hier nicht her. Damit aber nicht etwa der Anschein erweckt werde, die Aeußerungen des Herrn in Bezug auf die Sozialdemokratie seien nicht zu widerlegen und beruhen auf Wahrheit, wies Rednerin dieselben kurz zurück. In Bezug auf die Abstimmung bei Arbeitergesetzgebung schmeide der Reichstagskandidat nicht zu wissen, daß die Sozialdemokraten einfach die Verantwortung für die vielen für die Arbeiter geradezu nachtheiligen Paragraphen nicht übernehmen wollten, wenn sie dagegen stimmten, nachdem sie vergeblich versucht, in den Kommissionsberatungen und bei Einzelabstimmungen dieselben zu Fall zu bringen. Es

überstrebte der Referentin erschlich, auf so alle abgedroschene Phrasen und Einsätze zu antworten, aber die Herren denken, wo noch keine Arbeiterpresse oder doch sehr wenig gelesen wird, da verhängt so etwas vielleicht doch noch. Was die Herren behauptet über Löhne und Arbeitszeit in der dortigen Gegend, war ebenso leicht zu widerlegen, indem die Referentin sich einfach an die Anwesenden wandte und fragte, ob dieselben vor der Versammlung ihr denn die Unwahrheit gesagt, als sie behauptet, der Tagelohn bei einer Arbeitszeit von Morgens 5 bis Abends 6 und 7 Uhr betrage für Männer 1,50 bis 1,80 Mk. und für Frauen 1 Mk., worauf es einstimmig hieß: „So ist es, zum Theil ist es sogar noch schlechter wie angegeben.“ Als die Referentin betonte, wenn der Herr Schlüter mit höherem Lohn vielleicht den Wohlstand der Schlichter meine, der augenblicklich bezahlte würde, dann solle er sich aber auch die Arbeitsleistung dafür betrachten. Da lärmten die hohen Herren so sehr, daß sie vom Vorsitzenden energisch zur Ruhe verwiesen werden mußten. Der Herr G. rief dann, er wolle die Unwahrscheinlichkeiten der Referentin nicht hören, worauf Referentin und Vorsitzender den Herrn darauf aufmerksam machten, daß er, wenn er die angeblichen Unwahrscheinlichkeiten nicht hören wolle, das Lokal verlassen könne. Den Herrn Pastor, der nur im Allgemeinen die Ausführungen als unwahr bezeichnet hatte, forderte Kollege Jiez auf, etwas Positives zu bezeichnen, was unrichtig sei; so lange das nicht geschehen und für die Behauptung auch Beweise erbracht, bleibe sie bei ihren Ausführungen, für deren Richtigkeit sie jederzeit Beweise erbringen könne. Sie habe sich übrigens ihre Kenntnisse genau so durch Studium erworben, wie der Herr Pastor, wenn auch nicht auf der Unwissenheit. Sie trage auch keine Unzufriedenheit unter bisher Zufriedene, vielmehr zeige sie den Leuten, wie sie möglichst friedlichen Wege durch die Macht der Organisation, allmählich ihre Lage verbessern könnten. Daß die Herren, die selbst jede Gelegenheit, ihre eigene Lage zu heben, beim Schopfe nehmen, den Arbeitern das zu verwehren suchen und ein Besprechen über die Mittel und Wege, bis zu dem Ziele führen, heben, schützen und Unzufriedenheit säen nennen, ist für sie und ihre christliche Nächstenliebe, deren sie sich rühmen, bezeichnend. (Zwischenruf der Herren: Wir wehren es den Arbeitern ja auch nicht!) Kollege Jiez fortfahrend: Weil Sie es nicht können; wenn das aber nicht Ihre Absicht ist, warum sprechen Sie denn dagegen, daß sie sich vereinigen, warum suchen Sie uns das Lokal abzutreiben, nachdem der Wirth es hergegeben? Wenn Sie dem Insequent sein wollen, fordern Sie doch die Leute auf, alleamt in den Verband einzutreten. Darauf verlangte der Herr Pastor nochmals das Wort zur Richtigstellung und erklärte, daß das Geld für den Verband den Leuten abgelagt werde zum Nutzen der Agitatoren, denn Rebel habe sich für Arbeitergroßen in der Schweiz eine Villa gebaut. Als diese Ausführungen zurückgemeldet werden sollten, erklärte der Herr Ortsvorsteher die Versammlung für aufgehoben, da inzwischen die Polizeistunde, 11 Uhr, eingetreten sei. Kollege Jiez konstatierte, daß der Herr Pastor mit seinen Ausführungen die Polizeistunde überschritten habe, während uns dies nun aber verwehrt werde. Bezeichnend für den Bildungsgrad der Herren waren die Stilleleien, während wir uns einsetzten: Ob wir Geld genug gesammelt hätten, ob wir auch noch Jahrgeld hätten u. s. w. Da die Versammlung aufgehoben wurde, konnten den Abend keine neuen Mitglieder aufgenommen werden, doch draußen versprachen Alle beizutreten und auch die nicht Dagewesenen für den Verband zu gewinnen. Daß wir mit dem Resultat der Versammlung vollständig zufrieden sein können, bestätigte auf seine Art selbst der Herr Pastor, welcher der Kollegin Jiez nachrief: „Die wollen wir hier sobald nicht wiedersehen!“

Horburg. In der Mitglieder-Verammlung vom 29. August hielt Genosse Rauffäter einen Vortrag über: „Die Entwicklung der Menschheit“. Redner bezeichnete es als eine erfreuliche Thatsache, daß die heutige kulturelle Menschheit immer mehr von den Resultaten der Wissenschaft erfährt würde. Die Forschungen und die naturwissenschaftliche Erkenntnis lehren, daß der Mensch nicht so erschaffen ist, wie es uns vielfach gelehrt ist, sondern daß er Jahrtausende brauchte, ehe er zu dem geworden, was er heute ist. Der Entwicklungsengang gleicht einem Weltlauf. Die alten Völker, Römer und Hönizier, sind zurückgeblieben und von der Hilflosigkeit verdrängt, und andere Völker sind an deren Stelle getreten und haben die Entwicklung vorwärts gebracht. Leider sei ja der Gang der Entwicklung mit Blut und Grausamkeiten gezeichnet, dieses sei aber nicht die Schuld Deiner, die die Entwicklung fördern wollten, sondern die Schuld der brutalen Macht, die von jeher bestrebt war, das Zeitalter zurückzudrehen. So zog sich, einer alten Sage nach, schon Prometheus den Jorn der Sötter zu, weil er mit einem Goldspahn zur Sonne stieg und von da den Menschen das Feuer brachte. So geht es auch heute noch; wehe Dem, der es unternimmt, dem arbeitenden Volke das Feuer der Wissenschaft, das Licht der Erkenntnis zu bringen, der hat sich den Jorn der Hohen und Höchsten zugezogen und wenn er auch nicht, wie ehemals Sokrates, Christus, Quis und Andere, mehr vergiftet, gekreuzigt oder verbrannt wird, so wird er doch wenn irgend möglich, dem Hunger und Elend preisgegeben. Aber deshalb dürfen wir nicht zurückweichen, denn wie man die Entwicklung nicht mit Gewalt vorwärts treiben kann, so kann sie auch nicht mit Gewalt unterdrückt werden. Und darum sei auch die Idee der modernen Gewerkschaftsbewegung eine gute, da die Gewerkschaft bestrebt sei, ihre Mitglieder durch Erhöhung der Lebensweise zu freidenkenden und selbstbewußten Menschen zu machen, die den Entwicklungsengang begreifen und verstehen lernen. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten zu Theil. Es wurde beschlossen, am 14. Oktober in Warnß Klub- und Ballhaus einen Vortrags- und Unterhaltungsabend zu veranstalten. Regere Theilnahme der Mitglieder ist erwünscht. Kollege Schaprian bedauerte, daß nicht alle Mitglieder, wenn Familienangehörige sterben, Sterbegeld bekommen, sondern nur die Hinterbliebenen verheirateter Kollegen. Kollege Gathwirth erklärte, daß man erst abwarten müsse, wie weit die Unterstützung auf unsere Finanzen einwirke, auf dem nächsten Verbandstage würden jedenfalls diesbezügliche Anträge gestellt.

Hildesheim. In einer am Sonnabend, den 26. August, stattgehabten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Brey aus Hannover über: „Klassenkämpfe und Klassengegensätze unserer Zeit“. Dem Referat folgte eine anregende Debatte, in welcher besonders die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hildesheimer ungelerten Arbeiter gelehrt wurden. Besonders die Lage der Arbeiter auf der Juckerfabrik gab zu Ausstellungen Anlaß. Die Zeitung dieser Fabrik hat zum Van einer Kirche in Horrisberg und zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal 15 000 und 5000 Mk. gezeichnet und neben hohen Dividenden figurieren ungemein niedrige Löhne, die zur Fristung einer menschenwürdigen Existenz nicht ausreichen, aber nur durch die Thätigkeit der Organisation erhöht werden können. In der der Debatte folgenden Pause ließen sich 6 Personen aufnehmen.

Lübeck. Einen Zuwachs von 43 Mitgliedern brachte uns die am 23. August stattgehabte Mitglieder-Verammlung. Die vorgelegte Abrechnung vom Sommerergänzer ergab einen Ueberschuß von 82,51 Mk. Diese Summe wurde, durch Zuschuß aus der Lokallasse auf 100 Mk. erhöht, den dänischen Ausgesperrten überwiesen. Im Fragekasten frag ein Kollege an, wie es zuzuging, bei der Abrechnung habe der 2. Bevollmächtigte verlesen, 702,71 Mk. seien nach Hannover geschickt und in Nr. 15 des „Proletariats“ seien nur 627,71 Mk. quittiert. Nachdem der 1. Bevollmächtigte Aufklärung gegeben hatte, indem er erklärte, daß das übrige Geld hier am Orte für Unterstützung an Gewerkschaften und für Sterbegeld ausbezahlt sei und für dieses Geld die Beläge nach Hannover gesandt worden, war die Ver-

sammlung der Ansicht, daß es richtiger wäre, wenn der Kassier die Summen in der Quittung gleich mit anzuführen würde, für welche Beträge eingekauft worden sind, damit etwaigen Mißverständnissen vorgebeugt würde. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lange Debatte über die Mißstände in hiesigen Fabriken. Namentlich war es wieder, wie in fast jeder Versammlung, die Webkollagenfabrik von Gvers u. Co., die Anlaß zu langer Debatte gab. Leider sind die Arbeiter dieser Fabrik schlecht organisiert und unter den wenigen Organisierten sind noch viele laue Versammlungsbesucher. Darum sind die Kollegen an dieser Stelle nochmals an ihre Pflicht erinnert. Besucht die Versammlungen, helft mit berathen, damit die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik aufgeklärt werden, auf daß sie, anstatt im Gefangenen dem Herrn etwas vorzusingen, sich unserer Organisation anschließen und unsere Versammlungen besuchen.

Magdeburg. Sonnabend, den 19. August, fand unsere Mitgliederversammlung im Verkehrslokal von Richard Schall statt. Genosse Siebenbach referirte über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter.“ In seinem einleitenden Vortrag gab Redner eine Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse vom Mittelalter bis zur heutigen, auf der Höhe der technischen Entwicklung stehenden Zeit. Mit diesen Worten kennzeichnete Referent die heutige Produktionsweise und deren wirtschaftliche Folgen. Eine rege Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Zum Punkt Verbandsangelegenheit wurde von Seiten des Kollegen Gries die Bauheit und Interesslosigkeit der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, welche diese, trotzdem sie unter den traurigsten Verhältnissen frohden müssen, den Organisationsbestrebungen gegenüber an den Tag legen, einer herben aber gerechten Kritik unterzogen. Wir werden stets von Neuem den Ansturm gegen die Gleichgültigkeit, welche ein Bollwerk des Kapitalismus ist, unternehmen, um endlich Versuche zu schlagen und hierdurch neue Mitkämpfer für die Sache der Arbeiter zu erlangen. Für die Vermehrung unserer Bibliothek wurden 30 Mk. bewilligt, ein Beweis für den Bildungs- und Wissensdrang der organisierten Kollegen. Für unsere kämpfenden Brüder in Danemark wurden 100 Mk. aus Lokalmitteln bewilligt, diese sind dem hiesigen Kartell überwiesen. Nachdem sodann noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Potsdam. Am 17. August tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Kollege Seyfert wurde als Schriftführer und Kollege Karl Schulz als Revisor vorgeschlagen. Unter „Verschiedenes“ wurden dem Kollegen Bandow, welcher erkrankt ist, 5 Mk. aus dem Lokalfonds bewilligt. Ferner wurde noch angeführt, daß dem Gauvorstand zu Agitationszwecken und zur Gründung neuer Zahlstellen von der Zahlstelle Potsdam pro Mitglied 5 Pfg. vierteljährlich aus dem Lokalfonds zugewilligt seien. Es wurde auch beschlossen, daß unser Stiftungsfest, bestehend in Unterhaltung u. Lang, am 14. Okt. stattfindet. Als Vergnügungskomitee wurden die Kollegen B. Eplinius, Hildesheim, Franke, Blumenberg, R. Schulz, Friede, Schellenberg und Krause gewählt. Der Mitglieder-Versammlung folgte eine öffentliche Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht der Lohnkommission, wurde angeführt, daß von Seiten der Unternehmer auf unsere Forderung, einen Stundenlohn von 32 Pfg. zu zahlen, eine Antwort eingegangen sei. In der Antwort wird die Einsetzung eines Fragebogens gefordert, der angeben soll: 1. Wer die Forderung gestellt hat; 2. von wieviel Personen die Versammlung besucht war, welche die Forderungen formulirte; 3. wer diese Versammlung einberufen hat und andere Fragen mehr. Die Fragen sind beantwortet worden. Darauf ist von den Meistern angefragt, bei welchen Meistern die Mitglieder der Lohnkommission arbeiteten, damit angeblich festgestellt werden könne, ob die Mitglieder bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes arbeiteten. Diese Frage ist nicht beantwortet worden. Es wurde dann noch angeregt, mit den Unternehmern persönlich zu verhandeln und für den 20. August eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher über unser Vorgehen zu beschließen ist. Ferner wurde eine Bewegung zur Einschränkung der Akkordarbeit beschlossen. — In der am 20. August tagenden öffentlichen Versammlung erstattete Kollege Krause Bericht über das Resultat seiner persönlichen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes. In diesen Verhandlungen ist es nämlich gar nicht gekommen, weil der Herr Meister Rille den Kollegen nicht empfing. Es wurde darauf beschlossen, mit den Meistern nicht mehr zu verhandeln, und folgender Antrag angenommen: „Am folgenden Montag ist bei den Meistern, bei welchen die meisten Arbeiter beschäftigt sind und bei denen 32 Pfg. die Stunde nicht bezahlt werden, vorstellig zu werden, damit der Minimallohn endlich errungen wird.“ Unter „Verschiedenes“ wurde die Baukontrolle angeregt und beschlossen, während der günstigen Bauperiode mindestens monatlich einmal die Kontrolle vorzunehmen, und wurden hierzu zwei Kollegen beauftragt.

Rixdorf. Am 16. August fand unsere nur schwach besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Hartmann sprach über den Stand unserer Zahlstelle und stellte fest, daß sich die Mitgliederzahl bis jetzt verdoppelt hat. Dasselbe betrug zu Anfang ca. 20 und ist jetzt auf 50 anstiegen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde über den Ausbau unserer Zahlstelle diskutiert und beschlossen, die Arbeiter der einzelnen Fabriken einzuladen und dann sogenannte Fabriksprechungen abzuhalten. Dann sprachen noch die Kollegen Hartmann und Jürler über Mißstände in der Einzelarbeit.

Stettin. Sonntag, den 27. August, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn G. Behr, Sommerensdorf, ab. Die Agitationskommission erstattete Bericht über ihre Thätigkeit. Der Erfolg ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben und wurde auf Antrag des Kollegen Woz die Kommission aufgelöst. Als Expedient wurde Kollege Lau, zu Hilfe genommen die Kollegen Jöck, Schulz, Bülow und Kaiser gewählt. Für die ausgefertigten Daten wurden 50 Mk. bewilligt. 15 Mk. Unterweisung erhielt Frau Goldmann-Gütern. In Stelle des Kollegen Wengel wurde Kollege Lüberbach als Revisor vorgeschlagen.

Stettin. Am 29. August tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Vorsitz in die Tagesordnung liegen sich 3 Kollegen in den 1. und 2. Punkt, Stellungnahme zur Organisation eines Gewerkschaftslokales, nahm Genosse Krause das Wort und betonte, ganz besonders sei in Stettin die Gründung eines Lokales zur Erreichung eines einheitlichen Vorgehens erforderlich. Die Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Abhaltung eines Vergnügens im Saale des Herrn Kubacki beschlossen. Auf Listen für die Vergnügenskarten in Danemark wurden 11,55 Mk. eingekassiert, welche Summe dem Gauvorstand eingekassiert wurde. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 90. Nachdem noch einige andere Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Bevollmächtigte um 10 Uhr die Versammlung.

Zweibrücken. Am 2. September tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, welche verhältnismäßig gut besucht war. Der Vortrag des Kollegen Rudolf Kemnitz über: „Die Organisationsarbeit im Kampf gegen ihre Unterdrücker“ konnte nicht gehalten werden, da der Referent im letzten Augenblick Familienangelegenheiten halber abwesend war. Es entfaltete sich eine lebhaft Diskussion, welche von dem Kollegen Bornemann dadurch hervorgerufen wurde, daß er die Ausperrung der dänischen Arbeiter anführte. Nachdem von Seiten des Kollegen Woz die ganze Erbauung und Gegenwart der dänischer Unternehmer an das rege Leben gesetzt, wurde vom Kollegen Schumann die Danmarksbewegung in Berlin einer Besprechung unterzogen. Der Referent schloß in einem längeren Referat die jüngsten

Gefährdungen am Ende des 19ten Jahrhunderts. Hieran schloß sich noch die Beschreibung der Behandlung eines Dienstmädchens durch einen Berliner Kaufmann. Es wurde der Beschluß gefaßt, überall für die Entfernung der Gefährdungen einzutreten. Darauf wurden die häufigen Unfälle auf dem Straßenwerk durch den Kollegen Woz einer herben Kritik unterzogen, er verurtheilte mit vollem Rechte das Ueberstehen und Akkordsystem. Hieran kamen die ärztlichen Verhältnisse unserer Zahlstelle zur Sprache. Mehrere Redner machten dem Vertrauensmann der Fabrikarbeiter für Magdeburg und Umgebung für das Zurückgehen unserer Mitgliederzahl verantwortlich, derselbe entfaltete in der Zahlstelle zu wenig Agitation und bemühte sich nur um die Zahlstelle Konstanz. Der 1. Bevollmächtigte G. Gries wurde aufgefordert, den Vertrauensmann zu veranlassen, für Monat September und dann fortlaufend alle 4-6 Wochen eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung für Sudenburg einzuberufen. Ist der Vertrauensmann damit nicht einverstanden, so soll er sich kurz erklären, wir wären dann gezwungen, für die Fabrikarbeiter Sudenburgs eine anderen Vertrauensmann zu wählen. Obwohl der Vertrauensmann von Seiten des 1. Bevollmächtigten in Schutz genommen und da Ersterer nicht anwesend war, von demselben auch verteidigt wurde, blieb es doch bei dem gestellten Antrag.

Zangerwände. Am 23. August tagte hier im Schützenhause eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Das Koalitionsrecht und die Arbeiter.“ Als Referent war Genosse Julius Koch aus Gr.-Miersleben erschienen. Der Referent entledigte sich seines Referats in vortrefflicher Weise und erntete daher großen Beifall. Nachdem noch der Vertrauensmann auf die schlechten Lohnverhältnisse in der Weierischen Zuckerfabrik hingewiesen, wurde die Versammlung geschlossen. 150 Mann waren anwesend, davon ließen sich 15 in den Verband aufnehmen.

Wolgast. In der Versammlung, die am 26. August tagte, machte der erste Bevollmächtigte einige Ausführungen über den Verlauf der von der Kollegin Frau Hiez ausgeführten Agitationstour. Er konstatierte, daß in Pommern der Boden für die Organisation sehr günstig sei; wenn alle Faktoren nicht erlahmten, so würden wir noch recht schöne Resultate erzielen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß von Straßund die Nachricht eingegangen sei, daß an diesem Orte das Gewerkschaftslokale die Gründung einer Zahlstelle vorbereiten will. Nachdem auch in Barth die Kollegen sich zum Anschluß an den Verband ermannt haben, dürften die Kollegen in Uderwände bald nachkommen. Die gutbesuchte Versammlung nahm dann noch Mittheilungen lokaler Natur entgegen.

Zur Beachtung!

An die organisierte Arbeiterschaft!
Werthe Genossen! Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die organisierten Schuhmacher seit längerer Zeit einen hartnäckigen Kampf mit den Schuhfabrikanten Kont. Rad u. Co. zu führen genöthigt sind, weil diese Firma der zahlreich bei ihr beschäftigten Arbeiterschaft die Theilnahme an der Gewerkschaft bei Strafe sofortiger Entlassung verbietet. Aus den überall verbreiteten Flugblättern und den Aufrufen in der politischen und Gewerkschaftspressen ist der Arbeiterschaft auch bekannt, daß die organisierten Arbeiter sich allenthalben verpflichtet haben, so lange von dieser Firma keine Schuhe zu kaufen, bis diese ihre Zwangsmahregeln gegen die Arbeiter unterläßt.

Nachstehend veröffentlichen wir die Localen Verkaufsstellen und bitten die Genossen, besonders auch die Arbeiterfrauen, bei ihren Einkäufen an Schuhwaaren gegenüber diesen Filialen von Rad u. Co. Obiges berücksichtigen zu wollen.

- Die Filialen befinden sich in:
- Altenburg, Am Markt,
 - Astona, Reichenstraße 14,
 - Braunschweig, Damm 12,
 - Berlin O., Andreasstraße 50,
 - Berlin S., Oranienstraße 65,
 - Berlin SW., Friedrichstraße 240/241,
 - Berlin W., Potsdamerstraße 57/58,
 - Berlin C., Hofenthalerstraße 14,
 - Berlin C., Spittelmarkt 15,
 - Berlin NW., Hurmstraße 37,
 - Berlin NW., Wilsdorfstraße 22,
 - Brandenburg a. H., Steinstraße 6,
 - Breslau, Reuschestraße 48,
 - Chemnitz i. S., Johannisstraße 17,
 - Dortmund, Westenhewig 51,
 - Dresden, König Johannstraße,
 - Danzig, Große Wallbergstraße 14,
 - Görlitz, Wallstraße,
 - Frankfurt a. M., Ede Fahr- und Loupstraße,
 - Hannover, Große Bachhoffstraße 13,
 - Hamburg, Steinstraße,
 - Halle a. S., Steinstraße,
 - Kalberstadt, Breitenweg 33,
 - Köln a. Rh., Breitenstraße 103,
 - Kiel, Holtenauerstraße 22,
 - Leipzig, Reichstraße 13,
 - Magdeburg, Otto-Markt 11,
 - Mannheim, Schillerstraße 13,
 - Münster, Finkenstraße 13,
 - Stettin, Neumarkt 1,
 - Stuttgart, Tübingerstraße 16,
 - Straßburg i. E., Alter Weinmarkt, Ede Kinderpielplatz,
 - Worms, Hauptstraße,
 - Wiesbaden, Ede Lange- und Goldgasse,
 - Zwickau i. S., Wilhelmstraße 6.
- Die Agitationskommission der Schuhmacher.

Quittung.

Seit Dienstag, den 22. August, sind folgende Beiträge eingegangen: Für Abrechnungen: Wiefelshuren 69,05, Ober-Hoden — 54, Eppendorf 100, Frieden 12, Warne 150, Gr.-Walgheim 22,70, Gr.-Bichterfelde 19,30, Stettin 50, Helmstedt 59,19, Magdeburg 300 Mk.

Für Inserate: Lüneburg — 75, Altona 2,10 Mk.

Für die dänischen Arbeiter: Altona 70, Köhlan 10, Eppendorf 13,30, Köhlan 30, Hannover A.-D. 50, Hamm 100, Linden 100, Stettin 11,15, Helmstedt 10 Mk.

Für den Streifensfonds: Lüneburg 3,35, Hamm 50 Mk.

Schluß: Dienstag, den 5. September, Mittags 12 Uhr.

Verichtigung. In Nr. 17 muß es heissen 30,58 Mk. 40,58 Mk. für Hartha heißen. Für Walente muß es statt 30 Mk. Abrechnung 30 Mk. für die dänischen Kollegen heißen.

Sterbefall.

Heinrich Gewede aus Düberode a. H., eingetretten am 14. April 1894 zu Sinden, gestorben am 10. August. — Eduard Schläter aus Magdeburg-Neustadt, geb. am 18. Dezember 1859, eingetretten am 24. Januar 1897, gestorben am 30. August.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Danzig. Als Vertrauensmann ist Kollege J. Schwarz, Kählerstraße 32, ernannt.

Hedderheim (Gau 12). Joh. Sprenger, Langestraße 19.

Tege (Gau 7). Wilhelm Dietrich, Brunowstraße 29.

Briefkasten.

Einsender in Schweinfurt und Landshut. Bei solchen Agitationsreisen können wir eine Spezialberichterstattung über die Versammlungen nicht geben, sondern müssen uns auf einen allgemeinen Ueberblick über Verlauf und Resultat der Agitationstour beschränken. Dieser Ueberblick ist aber in voriger Nummer gegeben, wir können also die eingesandten Berichte nicht zum Abdruck bringen.

Kollege Friedrich, Hildesheim. Als Dein Bericht hier eintraf, hatte ich bereits einen solchen geschrieben, der auch schon gefaßt war, weshalb vom Abdruck Deines Berichtes Abstand genommen werden muß.

Besten Gruß. Aug. Frey.

Inserate.

Zahlstelle Cannstatt.
Am 1. September starb unser Kollege Joh. Lautenschlager. Er war ein treuer Verbandskollege.
0,75 Mk.] **Cher seinem Andenken!**

Zahlstelle Cöthen.
Sonnabend, den 9. September, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Goldenen Engel“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers H. Reus-Weslau über „Wird man durch Arbeit reich?“ 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend nöthig.
1,20 Mk.] **Der Bevollmächtigte.**

Gau 15.

Die in Nummer 16 des „Proletarier“ angekündigte Gau-Konferenz kann unanfechtbar noch nicht stattfinden. Den Zahlstellen des 15. Gau's wird noch nähere Nachricht gehen; wann die Konferenz stattfindet.
1,05 Mk.] **Der Gauvorstand. J. A.: Feinr. Martens.**

Zahlstelle Schöneberg. [1,05 Mk.]
Dienstag, den 12. September, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in Gierl's Restaurant, Königsstraße 16. Tagesordnung: 1. Welchen Zweck hat unser Verband? 2. Verbandsangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Schiffbet.
Sonnabend, den 16. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn C. Wode: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“; 2. Abrechnung vom Stiftungsfest; 3. Verbandsangelegenheiten. Wegen Wichtigkeit des ersten Punktes der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
1,35 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Hildesheim. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung Sonnabend, den 23. September, bei Wolf. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Ortsverwaltung und Vorschläge derselben; 2. Wintervergnügen; 3. Verschiedenes.
1,75 Pf.]

Gau 14 (Hamburg und Schleswig-Holstein).
Sonntag, den 22. Oktober 1899, Vormittags 11 Uhr:
I. Gau-Konferenz

in Elmshorn, im Lokale „Zum Klosterhof“, Friedrichstr. Tagesordnung: 1. Endgiltige Festsetzung der Tagesordnung. 2. Bericht des Gauvorstandes. 3. Abrechnung. 4. Berathung der Anträge. — Die Zahlstellen des Gau's werden ersucht, zur Konferenz unverzüglich Stellung zu nehmen und die Delegirten zu wählen. Jede Zahlstelle wählt einen Delegirten.
Der Gauvorstand. J. A.: Feinr. Sad.

NB. Alle Anträge zur Konferenz und sonstige Zuschriften sind zu richten an H. Sad, Hamburg, Vorstelmannsweg 182, Hinterh. 4, II.
[2,25 Mk.]

Achtung! Achtung!

Zahlstelle Hamburg.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß unsere Mitglieder-Versammlungen regelmäßig jeden dritten Sonntag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hammonia-Gesellschaftshaus“ (Znh. H. Horn), Hohe Viechen 30, stattfinden. Im Interesse des Verbandes ist es notwendig, daß sämtliche Mitglieder in jeder Versammlung erscheinen; denn nur durch gemeinschaftliche Beratungen ist es möglich, unsere Organisation zu stärken und weiter auszubauen. Da das Versammlungslokal jetzt im Centrum der Stadt liegt und der Weg von der Altstadt nicht weiter ist, als der von St. Pauli und der Neustadt, ist es kein Entschuldigungsgrund mehr, daß der Weg zu den Versammlungen ein zu weiter sei.
Die Bevollmächtigten.
NB. Unser 9. Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 30. September, im „Hammonia-Gesellschaftshaus“, Hohe Viechen 30, statt. D. D.
[3 Mk.]

Zahlstelle Rothenburgsort.

Mittwoch, den 20. September, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei v. Eiken, Reginenstraße 137. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Sonnabend, den 23. September 1899:
Herbst-Vergnügen
in Sander's Salon. — Um zahlreiche Theilnahme ersuchen
1,65 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Oberursel.

Sonntag, den 10. September 1899:
Erstes Stiftungsfest
bestehend in Kinderbelustigungen und Gesangsvorträgen. Um zahlreichen Besuch unserer Kollegen bitten
1,20 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Hartha i. S.

Sonntag, den 24. September 1899, Abends 6 1/2 Uhr, im „Schützenhause“:
Erstes Stiftungsfest
bestehend in Familienabend und Ball, unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Bruderkreis“. Hierzu werden die Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst eingeladen.
1,50 Mk.] **Der Festausschuß. Die Bevollmächtigten.**